

Aktuelle Post aus dem Kreistag (7)



10. Februar 2017

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

In der Kreistagssitzung am 8. Februar 2017 ging es um die Kliniken des Wetteraukreises. Ohne vorherige Beratung in den Ausschüssen sollten die Abgeordneten über Satzungsänderungen verschiedener Gesellschaftsverträge, die Liquidation einer Gesellschaft und eine Übertragung von Grundbesitz abstimmen. Es sind dies wesentliche Änderungen und nicht nur DIE LINKE. hatte dazu Fragen. Die Koalition aus SPD und CDU hatte es aber sehr eilig und verabschiedete diese Änderungen mit ihrer Mehrheit – ohne die Fragen zu beantworten.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Rücklicht
2. Mitteilungen des Landrats
3. Kliniken des Wetteraukreises
4. „papierarmer“ Kreistag
5. Austritt aus dem Schutzschirm
6. Antrag Fraktion DIE LINKE. / Piraten: „Rüge wegen Verschleppung des Antrags „kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft“.
7. Antrag Fraktion DIE LINKE. / Piraten: „Jobcenter muss Mietzahlungen automatisch an die Veränderungen der Mietobergrenzen anpassen.“
8. Antrag FWG/UWG: Zuschüsse zur Schülerbeförderung
9. Antrag NPD: Livestream während der Kreistagssitzung.
10. Anfragen der Linken

RÜCKLICHT

Gabi Faulhaber übernahm Landtagsmandat

Im November fand ein Wechsel in der Landtagsfraktion der Linken statt. Barbara Cardenas (*rechts*) ging in Ruhestand und die Vorsitzende unserer Kreistagsfraktion DIE LINKE. / Piraten - Gabi Faulhaber (*links*) – übernahm die Ressorts Bildungspolitik, Migration, Tierschutz und Petitionen. Über ihre Arbeit im Landtag können Sie sich informieren: www.gabi-faulhaber.de



DIE LINKE. nominiert Julian Eder als Direktkandidat für die Bundestagswahl 2017

Im Wahlkreis 177 tritt der 18-jährige Abiturient aus Nieder Wöllstadt als Direktkandidat an. Julian Eder sagt über sich selbst: *"Ich habe vielleicht nicht so viel Erfahrung, wie die anderen Kandidatinnen und Kandidaten aber ich denke, dass sich vor allem junge Menschen politisch zu Wort melden müssen! Es ist unsere Zukunft, um die es heute geht! Ich möchte in einer sozialen und friedlichen Gesellschaft leben und dafür trete ich ein."*

Im Ostkreis der Wetterau tritt Dirk Methfessel für DIE LINKE. an

Der Südosten der Wetterau bildet zusammen mit Schlüchtern und Wächtersbach den Wahlkreis 175. Dort wurde der 35-jährige Lehrer und Natuschützer aus Schlüchtern als Direktkandidat nominiert. Dirk Methfessel sagt: *„Es reicht nicht aus, sich über den Rechtsruck aufzuregen und nur über unsoziale Politik oder den miserablen Tierschutz zu reden. Ich möchte etwas tun. Ich nehme an außerparlamentarischen Aktionen teil – aber auch in den Parlamenten muss sich etwas ändern.“*



1. Mitteilungen des Landrats:

- Das hatten wir schon länger vermutet: Die kreiseigenen Reinigungskräfte stehen auf dem Sparprüfstand. Der Landrat bezeichnete die kreiseigene Reinigung an Schulen und in Verwaltungsgebäuden als schwierig. Die Mitarbeiter müssten eine ausreichende Qualität haben. Soll heißen: zukünftige und jetzige kreiseigene Angestellte im Reinigungsbereich müssen voll ausgebildet sein. Um dies zu gewährleisten, arbeite der Wetteraukreis eng mit dem Jobcenter Wetterau zusammen. Jährlich würden fünf Ausbildungsplätze ausgeschrieben. In diesem Jahr gab es auch fünf Bewerbungen, doch nur vier schafften den Eignungstest. Der Landrat bedauerte, dass die Ausbildung oft vorzeitig abgebrochen werde. Er appellierte an die Abgeordneten, dies in Zukunft bei der Debatte um „Eigenreinigung gegen Fremdreinigung“ zu berücksichtigen. Schon mehrfach hatte der Landrat versucht, den Abgeordneten Fremdfirmen schmackhaft zu machen. Sie seien angeblich preiswerter und effizienter. Wir sagen: diese Fremdfirmen sind billiger für den Kreis. Jedoch zahlen sie ihren Mitarbeitern – oft osteuropäischen Arbeitern ohne besondere Qualifikation – einen Hungelohn. Aber das geht dann den Wetteraukreis nichts mehr an, oder? Meint der Landrat das?
- Das Land hat eine gravierende Entscheidung für die Kommunen getroffen: anerkannte Flüchtlinge - vorwiegend Syrer - landen nach ihrer Anerkennung zunächst im SGB II-Bezug (Hartz IV). Hierfür zahlte das Land bisher ein Übergangsgeld an die Kommunen in Höhe von 343,- Euro. Zukünftig sollen es nur noch 95,- Euro sein. Das könnte heißen, dass dem Wetteraukreis Mehrkosten in Höhe von 4,4 Millionen Euro jährlich entstehen.
- Die Landesregierung verschärft ihr Sparprogrammdiktat für die Kommunen. Zukünftig müssen Kassenkredite radikal abgebaut werden. In einem Zeitraum zwischen 10 und 20 Jahren sollen sie auf 100 Euro pro Einwohner reduziert werden. Das bedeutet, dass weiterhin alle möglichen Ausgaben gekürzt werden müssen und kein Geld für freiwillige Leistungen zur Verfügung steht.
- Auch die Sozialdezernentin, Frau Becker Bösch, hatte ein paar Neuigkeiten. Nachdem das Deutsche Rote Kreuz als Träger der Flüchtlingsarbeit nicht mehr akzeptiert war, meint nun der Wetteraukreis, dass es zu einer Überzahlung von 280 000 Euro an das DRK gekommen sei. Das DRK weigert sich jedoch, diese Rückforderung anzuerkennen. Rechtliche Schritte sind nicht ausgeschlossen.
- Im letzten Jahr berechnete das Land die Zuteilungsquote für Flüchtlinge falsch. Deshalb wurden dem Wetteraukreis 566 Flüchtlinge zu wenig zugeteilt. Jetzt wollte das Land diese Flüchtlinge im ersten Quartal überstellen. Damit war der Wetteraukreis nicht einverstanden. Man einigte sich schließlich, dass die ausstehenden Flüchtlinge aufs Jahr verteilt werden. Die Dezernentin Becker-Bösch möchte jedoch die Zuteilung vermeiden und sucht nach rechtlichen Möglichkeiten.

Kliniken des Wetteraukreises

Den Kreistagsabgeordneten wurden gleich mehrere Änderungen von Gesellschaftsverträgen vorgelegt: für die Kliniken des Wetteraukreises, für die Diabetesklinik, und für die GZW Service GmbH (Reinigungsservice).

Außerdem sollten sie über einen Grundstückstransfer abstimmen: von der „HKW Bau- und Grundstücksmanagement GmbH“ hin zur „Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH“. Und zuletzt sollte diese „HKW Bau- und Grundstücksmanagement GmbH“ liquidiert werden.

Das sind weitreichende Entscheidungen. Und sie betreffen einen wichtigen Bereich: die Gesundheitsversorgung der Wetterauer Bevölkerung. Man sollte also meinen, die Abgeordneten müssten über diese Vorhaben ausführlich informiert werden. Doch Fehlanzeige! Ohne Beratung in den Ausschüssen und ohne Fragen zu beantworten peitschte die Koalition aus SPD und CDU die Anträge durch.

Dies macht eine Einstellung deutlich: es soll möglichst wenig Transparenz geben und der Kreistag – immerhin das oberste Gremium des Wetteraukreises – soll bei den Veränderungen möglichst wenig stören.

Alle anderen Parteien lehnten diesen Schweinsgalopp ab.

In unserer Rede

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/733-intransparente-ver%C3%A4nderungen-beim-gesundheitszentrum-wetterau.html>

machten wir darauf aufmerksam, dass wir mit der Vorgehensweise nicht einverstanden sind und stellten einige Fragen. Die Grünen und die FDP bezeichneten die Vorgehensweise ebenfalls als unzumutbar und beantragten eine Überweisung und Beratung im Ausschuss.

Der Landrat begründete das Vorgehen damit, dass sich die Kliniken neuen Herausforderungen stellen müssten. In Schotten und Friedberg würden regelmäßig Verluste erwirtschaftet. Auch das mache eine Änderung der Zuständigkeiten notwendig. Er bat um schriftliche Einreichung der gestellten Fragen und versprach eine ausführliche schriftliche Beantwortung.

Doch was kann eine Opposition damit nachträglich erreichen? Jetzt ist es beschlossen. Und die Vermutung liegt natürlich nahe, dass dies Vorbereitungen für die Schließung der Kliniken in Schotten und Friedberg sind.

Papierarmer Kreistag

Nach langem Hin und Her stimmten alle Parteien dafür, dass die Unterlagen für die Kreistagsarbeit auch online zugestellt werden können. Wer damit nicht arbeiten kann, erhält auch weiterhin Papierausdrucke.

Austritt aus dem Schutzschirm

CDU, SPD, FDP und Grüne feierten sich und ihre gelungene Sparpolitik. Die Belohnung sei der Austritt aus dem Schutzschirm.

Als ehemaliger Koalitionspartner von SPD und FDP wollten die Grünen am Erfolg teilhaben. Sie wiesen noch einmal alle Vorwürfe kategorisch zurück, dass die Einsparungen im sozialen Bereich und auf Kosten der Ärmsten erfolgt wären.

Antrag Fraktion DIE:LINKE / Piraten: Rüge wegen Verschleppung des Antrags „kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft“

Unser Antrag auf eine Rüge für den Kreisausschuss hat folgende Geschichte:

Der Kreistag fasste in seiner 33. Sitzung der X. Wahlperiode (am 14. 10. 2015 auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 23. 9. 2015, Drucksache-Nr. 2015-3465) mehrheitlich folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Wetteraukreises fordert den Kreisausschuss dazu auf, zu prüfen, wie eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus aufgebaut werden kann. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, seine Prüfergebnisse bis zur letzten Kreistagssitzung vor der Kommunalwahl, im Februar, vorzustellen.“

Eine Bearbeitung des Kreistagsbeschlusses vom 14. 10. 2015 ist bis heute nicht erfolgt. Und wir haben jetzt den Februar 2017 und nicht den Februar 2016! Deshalb haben wir eine Rüge beantragt. Wir finden nicht, dass so mit Kreistagsbeschlüssen umgegangen werden kann.

Der Landrat unterstellte der Fraktion DIE LINKE. / Piraten, dass sie bei den Ausschüssen unaufmerksam sei. Das Thema sei ausführlich in zwei Ausschüssen besprochen worden. Leider haben sich die anderen Kreistagsabgeordneten diese Unverfrorenheit gefallen lassen.

Antrag Fraktion DIE LINKE. / Piraten: Jobcenter muss Mietzahlungen automatisch an die Veränderungen der Mietobergrenzen anpassen

Zu unserem Antrag äußerte sich die Sozialdezernentin, Frau Becker Bösch. Sie bemängelte, dass die Fraktion DIE LINKE. / Piraten in jeder Kreistagssitzung das Thema Mietobergrenzen in einem Antrag thematisiere. Es sei immer das Gleiche, nur etwas anders formuliert. Der Kreistag sei im übrigen nicht für das Jobcenter zuständig. Das hatten wir schon mal: Auch ihr Vorgänger, Herr Betschel, wollte zuerst nichts von einer Verantwortlichkeit für das Jobcenter wissen. Doch es ist nun mal Fakt, dass der Wetteraukreis zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit Träger des Jobcenters Wetterau ist. Alternative Fakten gibt es hier nicht.

Herr Lux von der SPD beklagte, dass die Fraktion DIE LINKE. / Piraten, ständig aus der Sozialsprechstunde der Linken Einzelfälle herausgreife und daraus Anträge im Kreistag stelle. Er vermisse aber Beweise. Schließlich würden ja nie Namen genannt.

Vielleicht sollten beide in Zukunft die Anträge der Linken ein bisschen besser lesen, dann würden sie feststellen, dass es zwar immer um die Mietobergrenzen geht, die Anträge aber doch gravierende inhaltliche Unterschiede aufweisen. Wer lesen kann ist klar im Vorteil! (<http://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/735-obcenter-muss-mietzahlungen-automatisch-an-die-ver%C3%A4nderungen-der-mietobergrenzen-anpassen.html>)

Auch zeigen die Anträge ja nur auf, dass die Sozialdezernentin noch viel Arbeit vor sich hat, um zufriedenstellende Ergebnisse vorzulegen. Wir werden sie auch zukünftig tatkräftig unterstützen.

Außerdem laden wir Herrn Lux von der SPD gerne ein, an einer Sozialsprechstunde des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ teilzunehmen. Dann wüsste er erstens, dass nicht DIE LINKE. eine Sprechstunde anbietet, sondern dieser Verein. Und zum Zweiten könnte er diese „Einzelfälle“ mal persönlich kennen lernen.

Antrag FWG/UWG: Zuschüsse zur Schülerbeförderung

Die Freien Wähler nahmen die gute Haushaltslage zum Anlass, um wieder mehr Geld für die Schülerbeförderung zu beantragen. Der Schutzschirm ist Vergangenheit und deshalb muss nicht mehr zwanghaft gespart werden. So sollte die Schülerbeförderung wieder in der früheren Höhe bezuschusst werden.

Rechtsanwalt und Kreistagsabgeordneter Heidt kritisierte, dass es die VGO bisher nicht fertiggebracht hat, neue Bescheide an die Eltern zu versenden, die ein Gerichtsverfahren gewonnen haben. Deren Kindern muss der Kreis die vollen Fahrtkosten erstatten, weil der Schulweg nicht sicher ist. Ferner wurde in diesen Fällen den Eltern die überhöhte Bearbeitungsgebühr von 150 € noch nicht erstattet. Auch das hatte das Gericht verlangt.

Heidt vertritt einige Eltern als Rechtsbeistand. Er kündigte an, dass er nun Zwangsmassnahmen einleiten will. Der Landrat hielt ihm daraufhin vor, er sei besonders befangen. Der Kreistagsvorsitzende Häuser fühlte sich daraufhin genötigt, an die Geschäftsordnung zu erinnern.

Antrag NPD: Livestream während der Kreistagssitzungen

Eigentlich kein besonderer Antrag. Wir hätten auch nichts dagegen. So könnten das interessierte Publikum zum Beispiel die beschämenden Auftritte der NPD live miterleben.

Dieses Mal beleidigte der NPD-Abgeordnete Lachmann die anwesende Presse und hielt es nicht für nötig, sich zu entschuldigen. Daraufhin entzog ihm der Kreistagsvorsitzende das Wort.

Die CDU übernahm die Aufgabe einer Gegenrede zum NPD-Antrag:

Sie sagten, ein Livestream könnte dazu führen, dass unerfahrene Kreistagsabgeordnete in der Öffentlichkeit verspottet werden könnten. Schließlich kann es passieren, das man sich verhaspelt, ins Stottern kommt oder andere Peinlichkeiten passieren. Auch ist zu vermeiden, dass die NPD sich selbst und ihre unverschämten Aussagen abfeiert. Der Antrag wurde abgelehnt.

Anfragen der Linken

Die Antworten auf aktuelle Anfragen der Linken finden Sie auf unserer homepage:

www.die-linke-wetterau.de

Dort unter der Rubrik „Kreistag / Anfragen“.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber